

## Das finanzpolitische Chaos der Union.

**Die steuer- und rentenpolitische Zerstrittenheit von CDU und CSU belastet die Koalition. Sie gefährdet das Ziel eines handlungsfähigen Staates, der gleiche Lebenschancen sichert.**

Seit Monaten das immer gleiche Muster: Einzelne Politiker und Lobbyisten bei CDU und CSU fordern mehr Geld vom Staat. Eine Versprechung jagt die nächste. Mehr Geld für Subventionen, Milliarden für zweifelhafte Instrumente wie das „Betreuungsgeld“, mehr Geld für einzelne Gruppen von Rentnern, mehr Geld für steuerliche Versprechungen. Und immer wird verschwiegen, von wem die Union das Geld nehmen will. Die jüngsten steuerpolitischen Forderungen der CSU (Beschluss des CSU-Parteivorstandes vom 5. Mai 2008) setzen all dem die Krone auf. Vor den Bayerischen Landtagswahlen im September will sich der CSU-Vorsitzende Huber mit milliardenschweren Steuergeschenken Wählerstimmen kaufen. Die CSU ist Teil der Koalition und hat die Entscheidungen zur Haushaltskonsolidierung mit getroffen. Jetzt verweigert sie sich der Verantwortung und wird zur Belastung der Koalition. Vor allem gefährdet sie eine nachhaltige Finanzpolitik, die Investitionen sichert und eine vorsorgende Sozialpolitik ermöglicht.

### 1. Die steuerpolitische Wundertüte der CSU – unseriöse Versprechungen

Die steuerlichen Milliarden-Versprechungen der CSU sind unseriös. Die CSU reißt Löcher in die Haushalte des Bundes, der Länder und der Gemeinden. Das wird zu Recht auch von CDU-Politi-

kern kritisiert. Die CSU ist in Panik, weil sie Zuspätkommen beim Wähler verliert. So erklären sich ihre unausgegorenen Wahlgeschenke.

Die CSU beziffert die Kosten ihrer Wundertüte selbst auf 28 Milliarden Euro. Dabei schlummern noch erhebliche Risiken in dem „Konzept“, die sich auf bis zu 70 Milliarden Euro belaufen können. Zur Finanzierbarkeit verweist die CSU auf den jährlichen Anstieg des Steueraufkommens. Laut CSU wird „der Gesamtstaat im Jahr 2012 nach überschlägiger Schätzung gegenüber 2008 weitere 100 Milliarden Euro zusätzliche Steuern einnehmen“. So sieht keine ernst zu nehmende Gegenfinanzierung, sondern eine populistische Luftbuchung aus. Zumal die Ergebnisse der aktuellen Steuerschätzung noch nicht vorliegen.

Außerdem berücksichtigt der CSU-Vorschlag nicht den verbesserten Abzug von Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen, der zurzeit erarbeitet wird und zu Entlastungen von ca.10 Milliarden Euro für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern führt.

Im verabredeten Finanzplan sind die verbleibenden Einnahmewachse bis 2011 für die prioritären politischen Ziele, zum Beispiel bei Bildung und Kinderbetreuung oder bei Investitionen in Infrastruktur, Wissenschaft und Forschung vorgesehen.

Was die CSU verspricht, erhöht das Risiko von mehr Schulden des Staates und weniger Zukunftsfähigkeit. Der CDU-Bundesvorstand hat die CSU-Forderungen zurückgewiesen. Sie sind nicht Politik der Bundesregierung. Bleibt jedoch die Frage nach der

Geschäftsgrundlage der Großen Koalition, wenn die Union in den zentralen politischen Fragen ein Bild der unabgestimmten Vorstöße, der Zerstrittenheit und Verwirrung abgibt.

Für niedrige und mittlere Einkommensbezieher sind die Sozialabgaben heute ein größeres Problem als die Steuerbelastung. Da wir keine Abstriche bei der sozialen Sicherung vornehmen wollen, werden wir auch alle Möglichkeiten prüfen, wie Reiche und Vermögende stärker als bisher solidarisch an der Finanzierung der Zukunftsaufgaben beteiligt werden können. Dazu wird die SPD auf ihrem Zukunftskonvent am 31. Mai in Nürnberg erste Orientierungen für die nächste Legislaturperiode vorlegen.

## 2. Blind für Armutslöhne

Bei der Vorstellung seiner Forderungen vor der Presse sagte CSU-Chef Erwin Huber, der wirtschaftliche Aufschwung komme bei vielen Menschen nicht an. Das ist richtig. Untere und mittlere Einkommensgruppen müssten ein besseres Einkommen erzielen. Auch das stimmt. Doch Huber verschweigt einen Hauptgrund der Entwicklung: Die Bruttolöhne der Arbeitnehmerinnen haben sich in den vergangenen Jahren im Vergleich zu den rasant steigenden Unternehmensgewinnen kaum bewegt. Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben für den Aufschwung gearbeitet, ohne am Wachstum teilzuhaben. Die Tariflohnsteigerungen waren auch im Vergleich der anderen entwickelten Industrieländer schwach. Das konnte auch die umfangreichste Einkommenssteuerentlastung in der Geschichte der Bundesrepublik nicht auffangen, die die SPD-geführte Bundesregierung bis 2005 umgesetzt hat.

Wer aber heute über Leistungsgerechtigkeit für Menschen mit geringem Einkommen redet, darf über die Lohnentwicklung nicht schweigen. Das gilt ganz besonders für die Frage der Alterssicherung. Die Union ist blind für Armutslöhne. Sicherheit im Alter setzt aber voraus, dass in der Erwerbsphase gute Löhne erzielt werden. Mindestlöhne führen zu besseren Renten, ermöglichen mehr private Vorsorge und sorgen schon für die heutigen Rentnerinnen und Rentner für höhere Einkommen, weil Rentenerhöhungen der Lohnentwicklung folgen.

## 3. Die große rentenpolitische Verwirrung

Jürgen Rüttgers hat die Union in die rentenpolitische Verwirrung gestürzt. Er fordert einen Zuschlag für eine bestimmte Gruppe von Rentnerinnen und Rentnern, die langjährig vollzeitbeschäftigt waren. Doch er verschweigt, von wem er das Geld nehmen will. Der Rüttgers-Vorschlag wurde jetzt vom CDU-Bundesvorstand in eine Formel gegossen, die nichts klärt und alles vertagt. Auf dem Leipziger Parteitag von 2003 beschloss die CDU einen Antrag, der parallel zur Anhebung der Rente langjährig Versicherter die Grundsicherung im Alter streichen will. So würden letztlich Menschen mit unterbrochenen Erwerbsbiografien, die auf keine langjährigen Beitragszeiten kommen, Frauen mit Kindererziehungszeiten, Teilzeitbeschäftigte, geringfügig verdienende Selbständige und insbesondere viele Menschen in Ostdeutschland Rüttgers' Rentenzuschlag bezahlen. Das ist sozial ungerecht. CDU-Generalsekretär Pofalla erklärte auf der Pressekonferenz vom 5. Mai 2008: „Die Grundsicherung bleibt.“ Gleichzeitig sagte er: „Der Beschluss von Leipzig gilt“. Die CDU muss für Klarheit und Wahrheit sorgen, sonst täuscht sie die Betroffenen.

Die SPD konzentriert sich auf eine vorsorgende Politik der sozialen Sicherheit. Die heutigen Alterseinkommen liegen ganz überwiegend über dem Niveau der Grundsicherung. Das Problem der Altersarmut stellt sich vor allem für die künftigen Ruheständler. Dabei werden langjährig Versicherte nur dann betroffen sein, wenn sie heute mit Armutslöhnen abgespeist werden. Deshalb fordern wir mit Nachdruck die Einführung von Mindestlöhnen. Je schneller wir handeln, desto besser sorgen wir für die Sicherheit im Alter vor.

Das Risiko von Alterarmut betrifft vor allem Menschen, deren Lebenslauf Erwerbsunterbrechungen hat, zum Beispiel durch Zeiten der Bildung und Weiterbildung, der Erziehung von Kindern oder der Pflege älterer Familienmitglieder. Hinzu kommt die Veränderung der Arbeitswelt, die zunehmend auch neue Formen der Selbständigkeit hervorbringt. Deshalb setzen wir langfristig auf die Weiterentwicklung der Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung. Wir wollen alle Beschäftigten in die Rentenversicherung einbeziehen.

